



ANMAHNUNG DER ZURÜCKHALTUNG BEI EINGRIFFEN DER REGIERUNG IN FRANCHISEGESCHÄFTE

Dazu rufen Vertreter von Franchiseverbänden aus 31 Ländern in einer gemeinsamen Erklärung des World Franchise Council vom Samstag, dem 14. Februar 2015 in Las Vegas (USA) auf. Mit dabei auch Kai Enders, DFV-Vorstandsmitglied und Vizepräsident der European Franchise Federation (EFF).

Maßnahmen seitens der Regierung sollten nicht ungerechtfertigt in das Verhältnis Franchisegeber-Franchisenehmer eingreifen.

Das Verhältnis zwischen Franchisegeber und Franchisenehmer zeichnet sich durch eine gut durchdachte Balance aus, die über Jahrzehnte hinweg erfolgreich war. Es ist eine symbiotische Beziehung, die funktioniert, und übereifrige Regierungen, die sich in diese privaten Geschäftsbeziehungen einmischen, begeben sich auf einen gefährlichen Pfad.

Wird dem Franchisegeber die gesamte Kontrolle übertragen, so wird der Franchisenehmer zum Anhängsel herabgesetzt und nur wenige Geschäftsleute werden Interesse an dem Modell zeigen. Wird dagegen dem Franchisenehmer gestattet, die Bedingungen der Geschäftsbeziehung zu diktieren, werden Franchisegeber sich unternehmenseigenen Einheiten zuwenden und weniger Unternehmen werden sich von Franchising angezogen fühlen. Beide Parteien wissen um dieses Gleichgewicht, was der Grund dafür ist, dass Franchising so erfolgreich ist.

Der Beleg für diese Balance wird anhand des offenen Marktes erbracht: In den meisten Fällen, in denen Franchising ein aufstrebender Geschäftsbereich ist, wächst dieser erfolgreich schneller als der Rest der Wirtschaft. Wenn Franchisegeber und Franchisenehmer gemeinsam ihre eigenen Entscheidungen darüber treffen, was für ihre Branche das Beste ist, wird dies zugunsten der Interessen beider Parteien und damit zugunsten der gesamten Gesellschaft zu verbesserten Geschäften und größeren Expansionschancen führen.

Regierungen sollten Maßnahmen vermeiden, welche das Gleichgewicht dieser Beziehung schädigen.

- Regierungen sollten das Franchising nicht reglementieren, sofern nicht klar und deutlich nachgewiesen werden kann, dass Franchisegeber, die derartige Bestimmungen nicht einhalten, nicht in der Lage sein werden, die Franchisegeschäfte zuverlässig und effektiv durchzuführen.
- Regierungen sollten keine Vertragsbestimmungen diktieren, es sei denn es kann nachweisbar belegt werden, dass einzelne unzulässige Bestimmungen zu Ergebnissen führen, die dem besten Interesse der Gesellschaft entgegenstehen.
- Regierungen sollten keine Beschränkungen dahingehend aufstellen, an wen Franchises vergeben werden, wie viele Franchises vergeben werden, wo die Einheiten ihren Standort haben, welche Expansionsmodelle zum Einsatz kommen, wie schnell ein System wachsen

darf oder von wem die Parteien die Waren und Dienstleistungen beziehen müssen, die für die Aufrechterhaltung des Unternehmens erforderlich sind, es sei denn, die durch diese Maßnahmen angestrebten ökonomischen, sozialen und politischen Ziele sind von solcher maßgeblicher Bedeutung für das Land, dass sie die Beschneidung der Freiheit der Vertragsparteien rechtfertigen.

Welche Ziele auch immer Regierungen mit derartigen Schritten erreichen wollen, sie müssen mit den schädlichen Auswirkungen aufgewogen werden, die bei einer Einmischung in Vereinbarungen entstehen, die die Parteien aus freiem Willen eingegangen sind oder mit dem Geschäftsmodell, auf dem das Franchisekonzept basiert. Franchising bietet machtvoll ökonomische Vorteile für eine Gesellschaft; ohne überzeugende Belege, dass dies im Interesse einer funktionierenden Gesellschaft unbedingt erforderlich ist, sollte hier keine Einmischung erfolgen.

Dass franchise-spezifische Regelungen nicht von der Regierung erstellt werden, bedeutet nicht, dass der Franchise-Sektor keinen Regelungen unterliegen sollte. Die Franchise-Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten des World Franchise Council unterstützen die franchise-spezifische Selbstregulierung, die dem nationalen Unternehmensrecht nicht entgegensteht, als besten gemeinsamen Rahmen zur Bestimmung der Balance, die zwischen einem Franchisegeber und seinem Franchisenehmer in ihrer jeweiligen Geschäftsbeziehung anzustreben ist. Der World Franchise Council unterstützt die Selbstregulierung mithilfe seiner Ethikgrundsätze in Bezug auf das Franchising.

Über den World Franchise Council

Der World Franchise Council ist eine internationale Organisation, welche die Franchiseverbände von 43 Ländern unter einem Dach vereint. Der World Franchise Council unterstützt die Entwicklung und den Schutz des Franchising und fördert ein gemeinsames Verständnis für die besten Praktiken eines fairen und ethischen Franchising auf der ganzen Welt.